



Deutscher Bundestag

Kommissionsdrucksache

20. Wahlperiode

20/11

Tätigkeitsbericht

der

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder

(Kinderkommission)

vom 01. Juni 2023 bis 31. Dezember 2023

Vorsitz: Emilia Fester, MdB, (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

vorgelegt dem Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Inhalt

Einleitung	3
1. Arbeitsprogramm für die Vorsitzzeit von Emilia Fester, MdB.....	4
2. Sitzungen der Kinderkommission unter dem Vorsitz von Emilia Fester, MdB.....	7
2.1. Öffentliches Fachgespräch zum Thema „Bildung, Schule, Digitalisierung, Medienpädagogik“	7
2.2. Öffentliches Fachgespräch zum Thema „Soziale Gerechtigkeit, Ausbildung, Arbeit“	10
2.3. Öffentliches Fachgespräch zum Thema „Freizeit, Kultur und Stadtplanung“	12
2.4. Öffentliches Fachgespräch zum Thema „Weltkindertag und Umwelt“	13
2.5. Öffentliches Fachgespräch zum Thema „Klima und Mobilität“.....	16
2.6. Öffentliches Fachgespräch zum Thema „Rassismus-Antirassismus“	18
2.7. Öffentliches Fachgespräch zum Thema „Queer“	19
2.8. Öffentliches Fachgespräch zum Thema „Rente“	21
2.9. Öffentliches Fachgespräch zum Thema „Beteiligung und Demokratie“	23
3. Gemeinsame Veranstaltung der Kinderkommission und der Unabhängigen Beauftragten für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs	25
4. Anlagen.....	26

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Tätigkeitsbericht der Abgeordneten Emilia Fester, MdB, (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Einleitung

In der „Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder“ des Deutschen Bundestages (Kinderkommission) wechselt der Vorsitz zwischen den sechs Kommissionsmitgliedern turnusmäßig in der Reihenfolge der Fraktionsgröße. Nach Ablauf der Amtszeit des Abgeordneten Paul Lehrieder (CDU/CSU) übernahm die Abgeordnete Emilia Fester (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) mit Wirkung vom 01. Juni 2023 den Vorsitz.

Das Arbeitsprogramm der Bundestagsabgeordneten Emilia Fester setzte Themenschwerpunkte aus den Lebenswelten der Kinder und Jugendlichen. Dabei wurden Kindern und Jugendlichen die Möglichkeit gegeben, als Expert*innen ihrer eigenen Lebens- und Alltagswelten als sachverständige Personen in den Sitzungen zu Wort zu kommen. Darüber hinaus wurden aktuelle gesellschaftspolitische Bewegungen sowie der Blick in die Zukunft thematisiert.

Zum Vorsitzwechsel hat der Deutsche Bundestag den folgenden Artikel auf seiner Webseite veröffentlicht:

Vorsitzwechsel in der Kinderkommission



Turnusmäßiger Wechsel des Vorsitzes in der Kinderkommission. Zum 1. Juni 2023 wechselt der Vorsitz von Paul Lehrieder (CDU/CSU) nunmehr auf Emilia Fester (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN). (© Paul Lehrieder, MdB)

Der Vorsitz in der Kinderkommission rotiert turnusmäßig innerhalb der Wahlperiode unter den sechs Mitgliedern. Zum 1. Juni und passend zum Internationalen Kindertag wechselt der Vorsitz von Paul Lehrieder (CDU/CSU) nunmehr auf Emilia Fester (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN). Die Abgeordnete Fester wird bis zum 31. Dezember 2023 die Sitzungen der Kinderkommission leiten und für sie wichtige Themenschwerpunkte aus den Lebenswelten der Kinder und Jugendlichen in den Sitzungen der Kinderkommission setzen.

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)
Tätigkeitsbericht der Abgeordneten Emilia Fester, MdB, (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

1. **Arbeitsprogramm für die Vorsitzzeit von Emilia Fester, MdB**



Deutscher Bundestag
Kommission zur Wahrnehmung
der Belange der Kinder
(Kinderkommission)

**Kommissionsdrucksache
der 20. Wahlperiode**

20/07

Berlin, 25. Mai 2023

Sekretariat
Unterausschuss „Kommission zur
Wahrnehmung der Belange der Kin-
der (Kinderkommission)“

**Arbeitsprogramm für die Vorsitzzeit der Abgeordneten
Emilia Fester**

Das Arbeitsprogramm für die Vorsitzzeit der Abgeordneten
Emilia Fester wurde wie folgt festgelegt:

Themenkomplex 1: Alltagswelten

1. **Bildung | Schule | Digitalisierung | Medienpädagogik**
(14. Juni 2023)

Leitfragen:

- Wie erleben Kinder & Jugendliche Bildungsprozesse?
Was kritisieren sie & welche Änderungswünsche formulieren sie?
- Wie können Leistungsdruck & Hierarchien von Selbstwirksamkeit, Solidarität & Mündigkeit abgelöst werden?
- Welche Rolle spielt die Digitalisierung für das alltagsweltliche Erleben von Kindern & Jugendlichen?
- Wie kann den gesellschaftlichen Entwicklungen, die die Digitalisierung mit sich bringen, lebensweltnah begegnet werden?
- Welche Potenziale für Demokratiebildung & Teilhabe liegen medienpädagogischen Ansätzen zugrunde?
- Welche Rolle spielt Social Media für die Alltagswelt von jungen Menschen? Wie wirken sich soziale Medien auf Wissensprozesse aus?

2. **Soziale Gerechtigkeit | Ausbildung | Arbeit**
(21. Juni 2023)

Leitfragen:

- Was machen gute Lebens- & Arbeitsbedingungen aus der Perspektive junger Menschen aus?
- Welche Sorgen & Nöte treiben junge Menschen in Bezug auf (die Suche nach) Ausbildungsplätzen um?
- Worum drehen sich aktuelle Arbeitskämpfe & welche Rolle spielen junge Menschen?



3. Freizeit | Kultur | Stadtplanung (5. Juli 2023)

Leitfragen:

- Was macht lebenswerte und kind- sowie jugendgerechte Orte aus?
- Wo & wie verbringen junge Menschen gerne ihre Zeit?
- Wie können Kinder & Jugendliche ihr Umfeld mitgestalten?

Themenkomplex 2: Aktuelle gesellschaftspolitische Bewegungen

4. Woche Weltkindertag | Umwelt (20. September 2023)

Leitfrage:

- Welche Visionen und Vorschläge haben die Teilnehmer*innen des Kindergipfels 2023 für eine umweltfreundliche Gesellschaft?

5. 2. Vernetzungstreffen mit den Kinderkommissionen und Kinderbeauftragten der Länder (27. September 2023)

6. Klima | Mobilität (11. Oktober 2023)

Leitfragen:

- Inwiefern handelt es sich bei der Klimakrise um eines der großen Sorgenthemen der jungen Generation?
- Welche Forderungen stellen junge Menschen in Bezug auf die Klimakrise an die Politik?
- Inwiefern ist das Engagement junger Menschen unverzichtbar im Kampf gegen die Klimakrise?
- Inwiefern hängen soziale und ökologische Fragen zusammen?

7. Rassismus | Antirassismus (18. Oktober 2023)

Leitfragen:

- Wie wirkt sich Rassismus auf die Lebenswelten junger Menschen aus?
- Wie begegnen junge Menschen der Aufarbeitung des eigenen Erlebens von Rassismus?
- Wie engagieren sich junge Menschen gegen Rassismus?
- Welche Ansatzpunkte gibt es zur Arbeit am Aufbau einer befreiten und offenen Gesellschaft? Wo kann antirassistische Bildungsarbeit ansetzen?



8. Queer (8. November 2023)

Leitfragen:

- Wie erleben junge queere Menschen die Gesellschaft?
- Mit welchen Herausforderungen haben junge queere Menschen zu kämpfen?
- Was brauchen junge queere Menschen, um ohne Angst aufwachsen & sich entfalten zu können?
- Wie organisieren sich junge queere Menschen? Wie erleben sie Selbstwirksamkeit?

Themenkomplex 3: Blick in die Zukunft

9. Rente (15. November 2023)

Leitfragen:

- Wie wirkt sich der demographische Wandel auf den Generationenvertrag & das Rentensystem in Deutschland aus?
- Welche Analysen & Ideen sammelte die Jugend Enquête-Kommission in ihrem Projekt 2023?

10. Beteiligung | Demokratie (13. Dezember 2023)

Leitfragen:

- Wie kann die Beteiligung von Kindern & Jugendlichen künftig gestaltet werden?
- Wie können junge Menschen sich durch entsprechende Formate & Strukturen als aktiven Teil der Demokratie erleben?
- Welche Strukturen braucht es, damit junge Menschen sich von Klein auf als politische Subjekte erleben können?

Die Kinderkommission behält sich vor, das Arbeitsprogramm gegebenenfalls anzupassen.

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Tätigkeitsbericht der Abgeordneten Emilia Fester, MdB, (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

2. Sitzungen der Kinderkommission unter dem Vorsitz von Emilia Fester, MdB

Die Sitzungen der Kinderkommission unter dem Vorsitz der Abgeordneten Emilia Fester fanden öffentlich statt und wurden live im Parlamentsfernsehen übertragen. Die Übertragungen sind in der Mediathek des Deutschen Bundestages abrufbar.

Die dazugehörigen **Wort- bzw. Kurzprotokolle** sind auf der Webseite der Kinderkommission www.kinderkommission.de unter „Sitzungsprotokolle“ beziehungsweise **unter folgendem Link abrufbar**: https://www.bundestag.de/ausschuesse/a13_familie/a13_01/Protokolle

2.1. Öffentliches Fachgespräch zum Thema „Bildung, Schule, Digitalisierung, Medienpädagogik“

In ihrer Sitzung am **14. Juni 2023** befasste sich die Kinderkommission mit dem Thema „Bildung, Schule, Digitalisierung und Medienpädagogik“. Hierzu wurden als Sachverständige **Amelie Paassen** (Jugend-Panel zur Bildung für nachhaltige Entwicklung, youpaN), **Sayen Asiri Ramirez Bantancourt** (Preisträger*in Jugend debattiert 2022, Schülervertretung Gymnasium Lerchenfeld), **Malik Sauerbeck** (Schüler:innenkammer Hamburg), **Schüler*innen der Gemeinschaftsschule Grüner Campus Malchow** (Teilnehmende am Projekt „Demokratie-Profis in Ausbildung“ der Jugendbildungsstätte Kurt Löwenstein e.V.) und **Christine Reich** (Geschäftsführerin der Jugendbildungsstätte Kurt Löwenstein e.V.) eingeladen, um ihre Fachexpertise mit den Mitgliedern zu teilen und für Fragen zur Verfügung zu stehen.

Zu dieser Sitzung ist der folgende Artikel auf der Webseite des Deutschen Bundestages erschienen:

Kinder fordern mehr Mitbestimmung bei Gestaltung von Schule als Lernort

Die **Kinderkommission** des Deutschen Bundestages (Kiko) hat sich am **Mittwoch, 14. Juni 2023**, mit dem Thema „**Bildung, Schule, Digitalisierung und Medienpädagogik**“ befasst. Während des öffentlichen Fachgesprächs machten die Kindersachverständigen und jugendlichen Experten den KiKo-Mitgliedern klar, wie sehr die Lebensrealität und die Vorstellungen junger Leute einerseits und Schulalltag und Bildungssystem in Deutschland andererseits auseinanderklaffen.

„Um zu wissen, wie wir Bildung und Schule so gestalten können, dass alle Kinder sich wohlfühlen“, und um damit der Verantwortung des Bundestages und dem Selbstverständnis der Kinderkommission gerecht zu werden, habe man die Kinder und Jugendlichen eingeladen, ihre Erfahrungen, Ideen, Kritik und politischen Forderungen direkt den Abgeordneten zu kommunizieren, die sich im Parlament um die Belange von Kindern und Jugendlichen kümmern, sagte die **KiKo-Vorsitzende Emilia Fester (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**.

Kinder wollen Schule als Lernort mitgestalten

Wie 30 junge Menschen zwischen 16 und 26 mit unterschiedlichen Bildungswegen aus ganz Deutschland die Bildungslandschaft in der Bundesrepublik zukunftsfest machen wollen, davon berichtete **Amelie Paassen** vom Jugend-Panel zur Bildung für nachhaltige Entwicklung, **youpaN**. Die Schule, wie sie sie erlebt habe, bereite weder auf das Leben noch wenigstens auf das Studium vor, berichtete die 21-Jährige. Die Kompetenzen, die man im Leben brauche, würden dort nicht

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Tätigkeitsbericht der Abgeordneten Emilia Fester, MdB, (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

vermittelt. „Ich bin dort keine mündige Bürgerin geworden. Das leistet gerade Schule nicht.“ Sie sei in der Schule nicht zu demokratischer Teilhabe befähigt worden und fühle sich beispielsweise als Schulabgängerin nicht kompetent, eine politische Wahlentscheidung zu treffen.

Dabei solle Schule über eine interdisziplinäre Wissensvermittlung hinaus jungen Menschen Kernkompetenzen fürs Leben vermitteln, solle „ein Sozialraum sein, wo wir zu mündigen Bürgern erzogen werden“. Dazu müsse man dringend die Lehrpläne verändern und mit aktuellen Themen einen Bezug zur Lebensrealität schaffen. Es gelte zudem, die Schule in einen Lernort zu verwandeln, den die Schülerinnen und Schüler mitgestalten dürfen, statt immer nur etwas vorgelegt zu bekommen.

Stärken jedes Einzelnen individuell fördern

Sayen Asiri Ramirez Betancourt von der **Schülervertretung des Gymnasiums Lerchenfeld** und Preisträgerin bei Jugend debattiert 2022, sprach sich ebenfalls dafür aus, dass den Kindern und Jugendlichen mehr Mitbestimmung bei der Gestaltung der Schule als Aufenthalts- und Lernort sowie bei der Auswahl Lerninhalte zugestanden wird. „Schule ist für uns Alltag, sie ist extrem präsent. Aber wir werden bei dem Thema nicht gehört.“ Es gebe nicht genug Partizipation, in der Schule werde „nicht gezeigt, was für Verhandlungsspielräume wir haben“. In der Schülervertretung habe man nicht das Gefühl, etwas verändern zu können. Die Schule sei leider „kein Ort, den Kinder mitgestalten können“. Die Lehrpläne würden von oben herab festgelegt und hätten keinen Bezug zur Lebensrealität der Kinder und Jugendlichen.

Die Schülervertreterin störte auch, dass Schule nicht individuell bildet. Von allen werde das gleiche verlangt, alle bekämen die gleichen Aufgaben, der Wettbewerbs- und Konformitätsgedanke stehe zu sehr im Mittelpunkt, statt der Stärken des Einzelnen. Das führe zu Leistungsdruck und Stress und verderbe den Spaß am Lernen. „Aber wir sind nicht gleich. Jeder hat sein eigenes Potenzial. Das sollte individuell gefördert werden.“ Um wichtige Themen umfassend zu behandeln, müssten auch Unterrichtszeiten viel flexibler gehandhabt werden.

Wenn die Schule die jungen Leute nicht zur demokratischen Beteiligung in der Gesellschaft befähige, gebe es künftig mehr undemokratische Erwachsene, sagte **Malik Sauerbeck** Vorsitzender der **Schüler:innenkammer Hamburg**. Es gehe in der Schule um die Gesellschaft von morgen. Aber das Schulsystem funktioniere nicht. Mit zunehmendem Alter nehme deswegen die Motivation der Schüler ab, während anfangs die Kleinsten noch durch ihre Neugier angetrieben würden. Die Ausstattung sei veraltet, es gebe zu viele „Inhalte, die nichts bringen“ und den Lehrern fehle es an nötigen Kompetenzen.

Interaktive Lernplattform für Deutschland

Der Schülervertreter plädierte dafür, die Schule viel stärker für digitale Lehr- und Lernlösungen zu öffnen. Bund und Länder sollten massiv in eine deutschlandweite interaktive Lernplattform investieren. Es müsse dabei sichergestellt sein, dass die Plattform dem individualisierten Lernen für jedes Entwicklungsniveau diene und die Inhalte ständig gepflegt und aktualisiert würden. Keinesfalls handele es sich dabei darum, dass Lehrer wie in Corona-Zeiten einfach Aufgaben für

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Tätigkeitsbericht der Abgeordneten Emilia Fester, MdB, (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

zu Hause hochladen. Die Schüler wollten dort nicht ihr altes Textbuch eingescannt wiedersehen, sondern relevante Inhalte, die mindestens mit ihrem Jahrzehnt zu tun hätten.

Anhand einer solchen interaktiven Lernplattform mit aktuellen und relevanten Inhalten könnten die Schüler eins zu eins betreut werden, statt dass im Klassenraum alle auf die Antwort des einen warteten, und damit die Kompetenzen erwerben, die sie im Leben bräuchten. „Da müssen wir hin. Dazu müssen wir die Chancen der Digitalisierung nutzen.“ Ab der 8. Klasse solle jeder ein Endgerät vor sich haben und der Lehrer künftig nicht mehr vorne stehen, sondern eine moderierende Rolle einnehmen und die Kinder anregen weiter zu lernen. Man müsse jetzt massiv in eine solche Ausstattung und in die entsprechende Fortbildung der Lehrer investieren.

Momentan liefen Schule, Verwaltung und Lehrerschaft der Digitalisierung hinterher. Das zeige sich auch beim Thema Künstliche Intelligenz. Es sei kein Lehrinhalt. Man wünsche sich eigentlich ein zusätzliches Schulfach Digitalisierung und Medienkompetenz. Stattdessen laufende Diskussionen über Verbote gingen an der Realität vorbei. Jeder Schüler nutze mittlerweile die Anwendung ChatGPT. Die sei sehr hilfreich. Bei Hausaufgaben oder sogar im Unterricht. „Sehr viele haben das auf dem Gerät, man hat in zwei Minuten einen Text und nutzt den Rest der für die Aufgabe vorgesehenen zwanzig Minuten, um mit seinem Nachbarn zu sozialisieren.“ Der Lehrer verlasse dabei seine Frontalposition nicht und bleibe in Ahnungslosigkeit. „Das ist die Realität.“

Ganztagschule als Problem

Zu einem Problem habe sich auch die vielfach angebotene Ganztagsbetreuung entwickelt. Das sei nichts weiter als eine verlängerte Schulzeit, aber „ohne tatsächliche Angebote“ für die Kinder und Jugendlichen. Und nicht nur das: Komme man nach 16 Uhr nach Hause, unternähmen die meisten nichts mehr: keine Treffen mit Freunden draußen, kein Sport, kein Musikunterricht. „Die Potenziale außerhalb der Schule gehen damit verloren. Man macht nicht mehr so viel.“ Wenn man durch sinnlose Ganztagsbetreuung darauf verzichte beispielsweise privat ein Instrument zu erlernen, bremse man die persönliche Entwicklung aus.

Schülerinnen und Schüler der **Gemeinschaftsschule Grüner Campus Malchow**, Teilnehmende am Projekt „Demokratie-Profis in Ausbildung“ der Jugendbildungsstätte Kurt Löwenstein e.V. berichteten über gute Erfahrungen mit ihren Lehrerinnen und Lehrern und die Zusammenarbeit zwischen der Schule und der Jugendbildungsstätte. „Wir haben tolle Lehrkräfte.“ Die Sitzungsteilnehmerinnen und -teilnehmer kamen zu dem Schluss, dass Schule alle unterschiedlich wahrnehmen.

Seminar: Von der Mecker- zur Umsetzungs-Phase

Beim Projekt „Demokratie-Profis in Ausbildung“ würden Schülersprecherinnen und Klassensprecherinnen etwas über ihre Aufgaben und über Kinderrechte lernen. In dem vierteiligen Seminar beginne man mit einer „Mecker-Phase“, in der man erzähle, was alles nicht läuft. In der Traum-Schul-Phase zeichne man auf große Blätter, „wie unsere Traumschule aussehen soll, in der Ideen-Phase überlegen wir, was wir verbessern können. Und in der Umsetzungsphase präsentieren wir unserer Schulleitung die Ergebnisse und Verbesserungsvorschläge.“

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Tätigkeitsbericht der Abgeordneten Emilia Fester, MdB, (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mit den Angeboten der Jugendbildungsstätte „holen wir die Kinder bewusst aus dem Schulalltag heraus“, sagte **Christine Reich** Geschäftsführerin der **Jugendbildungsstätte Kurt Löwenstein e.V.** „Um diesen Alltag zu vergessen.“ Man sei als außerschulischer Träger eine langjährige Kooperation mit der Schule eingegangen und arbeite bereits mit Grundschulern zu Themen der politischen Bildung, denke darüber nach, wie Schule besser laufen könne. (11/15.06.2023)

2.2. Öffentliches Fachgespräch zum Thema „Soziale Gerechtigkeit, Ausbildung, Arbeit“

In ihrer Sitzung am **21. Juni 2023** befasste sich die Kinderkommission mit dem Thema „Soziale Gerechtigkeit, Ausbildung, Arbeit“. Hierzu wurden als Sachverständige **Emily Laura Sophie Sawatzki** und **Amir Sallachi**, (Mitglieder des JugendExpert*innen-Teams der Bertelsmann Stiftung), **Lisa-Noëlle Baenitz** und **Lilith Fendt**, (Selbstvertretungsnetzwerk junger Menschen mit Behinderungen bbe e.V.) und **Jim Lutz Raphael Frindert** (Bezirksjugendsekretär der DGB-Jugend Berlin) eingeladen.

Auf der Webseite des Deutschen Bundestages war hierzu folgendes zu lesen:

Wie junge Menschen auf das Bildungssystem und die Arbeitswelt blicken

Was aus Sicht junger Menschen gute Lebens- und Arbeitsbedingungen ausmacht, darum ging es am **Mittwoch, 21. Juni 2023**, in der **Kinderkommission** des Deutschen Bundestages (KiKo). Während des öffentlichen Fachgesprächs mit dem Titel „**Soziale Gerechtigkeit, Ausbildung, Arbeit**“ teilten die eingeladenen Sachverständigen – junge Menschen im Alter von 15 bis 25 Jahren – den Abgeordneten mit, wie sie dazu stehen.

Kritik am Bildungssystem

Mitglieder des **JugendExpert*innen-Teams der Bertelsmann Stiftung** räumten mit dem Klischee auf, junge Leute seien arbeitsfaul. In einer Befragung zu ihrer Lebensrealität hätten die Kinder und Jugendlichen zum Ausdruck gebracht, dass sie der Bildung einen hohen Stellenwert einräumen, um grundlegende Fähigkeiten zu erwerben sowie als Grundlage für einen guten Job und ein gutes Leben. Schule und Bildung sollten demnach Talente und Kompetenzen fördern, damit die Jugendlichen ihre Potenziale voll ausschöpfen.

Die Erwartungen, die die jungen Menschen an das Bildungssystem hätten, sähen diese aber als nicht erfüllt an. Zentrale Fähigkeiten vermittele das Bildungssystem nicht. Noch immer komme der sozialen Herkunft eine zu hohe Bedeutung zu, um ein erfolgreiches Leben zu führen. In materiellen Fragen träten junge Menschen eher bescheiden auf, so der Befund der Bertelsmann-Umfrage. Es gehe ihnen vor allem darum, sich aus eigener Kraft die Möglichkeit gesellschaftlicher Teilhabe zu sichern.

„Junge Menschen sind nicht faul“

Das Lebensgefühl der jungen Leute sei heute geprägt durch die Wahrnehmung, von zahlreichen Krisen umgeben zu sein: der gerade erst durchgestandenen Pandemie, dem allgegenwärtigen Klimawandel und dem russischen Angriffskrieg mit all seinen unangenehmen Folgen für jeden einzelnen.

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Tätigkeitsbericht der Abgeordneten Emilia Fester, MdB, (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Junge Menschen seien keinesfalls faul und arbeitsscheu. Sie wollten sich aber nicht kaputtarbeiten, sondern einer sinnstiftenden Tätigkeit nachgehen und für die Arbeitszeit ein faires Entgelt, echte freie Zeit und Erholung als Ausgleich erhalten. Junge Leute von heute verstünden Arbeit als Teil des Lebens, aber nicht als Zentrum des Lebens. Es müsse eine Arbeit sein, die dem Erhalt einer hohen Lebensqualität diene. Einen hohen Stellenwert habe zudem der Wunsch, selbstbestimmt zu leben und mitbestimmen zu können.

„Vieles in unserem Leben ist fremdbestimmt“

Die beiden jungen Sachverständigen vom **Selbstvertretungsnetzwerk junger Menschen mit Behinderungen bbe e.V.** brachten die Perspektive von Kindern und Jugendlichen mit geistigen und körperlichen Einschränkungen ein. Auch sie möchten gerne einen Schulabschluss machen, in ihrem Wunschberuf arbeiten, etwas Sinnvolles mit ihrem Leben anfangen und aufgrund ihrer Behinderung keine Nachteile erleiden, betonten die beiden Mädchen, von denen eine sich über ihren Sprachassistenten verständlich machte.

Sie illustrierten die Kompliziertheiten des Alltags von Menschen mit Einschränkungen, die auch im Jahr 2023 in Deutschland keine wie von den Vereinten Nationen geforderten gleichwertigen Lebensbedingungen vorfänden. Könne sie etwa spontan in ein Café gehen? Nein, sie müsse sich Gedanken machen, ob der Transport dorthin funktioniere, so eine der Sachverständigen. Bekomme sie einen Studienplatz, einen normalen Arbeitsplatz? „Vieles in unserem Leben ist fremdbestimmt.“ Auch die Kommunikation mit Behörden sei kompliziert. Unterstützung werde verwehrt, individuelle Stärken relativiert. „Aber wir wollen wertgeschätzt werden.“

Die beiden Expertinnen warben für inklusive Schulen. Diese stellten eine wichtige Erfahrung für Kinder mit Beeinträchtigungen und eine Voraussetzung für ein gelingendes Leben dar, signalisierten sie doch, dazu zu gehören. Eine inklusive Schule mache Mut, stärke das Vertrauen, die eigenen Stärken auch einzusetzen, und sich durch Schwächen, geistige und körperliche Defizite, nicht unterkriegen zu lassen. „Wir wollen im ersten Arbeitsmarkt eine Arbeit finden. Dazu brauchen wir ein System, das uns wertschätzt.“

„Wer Fachkräfte will, muss gute Ausbildungsbedingungen bieten“

Auch **Jim Lutz Raphael Frindert, Bezirksjugendsekretär der DGB-Jugend Berlin-Brandenburg**, unterstrich, wie wichtig jungen Menschen eine gute Ausbildung und Arbeit seien und beklagte einen Substanzverlust des dualen Ausbildungssystems. Dass heute 2,6 Millionen junge Leute keinen Berufsabschluss hätten, sei ein „bildungspolitischer Skandal“. Ebenso, dass nur noch 19 Prozent der Betriebe Ausbildungsplätze anböten. Die Ausbildungsqualität sei oft schlecht. Dabei klagten doch alle über den Fachkräftemangel.

„Die Jugend hat noch Interesse. Aber es gelingt nicht, das Potenzial zu heben. Wer Fachkräfte will, muss gute Ausbildungsbedingungen bieten und mehr junge Leute in Ausbildung bringen“, forderte Frindert. Den Jugendlichen machten zudem die gestiegenen Preise zu schaffen, besonders bei den Themen eigenständiges Wohnen und Mobilität. (11/22.06.2023)

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Tätigkeitsbericht der Abgeordneten Emilia Fester, MdB, (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

2.3. Öffentliches Fachgespräch zum Thema „Freizeit, Kultur und Stadtplanung“

In ihrer Sitzung am **5 Juli 2023** befasste sich die Kinderkommission mit dem Thema „Soziale Gerechtigkeit, Ausbildung, Arbeit“. Hierzu diskutierte sie mit den Teilnehmenden am Projekt „Lückenschluss“ des Bildungswerks für Schülervertretung und Schülerbeteiligung e.V.: **Maisha Schulte** und **Paula Ebberts** (Gruppe Kassel), **Leon Gaubatz** und **Robin Haas** (Gruppe Pirmasens), **Maryam Barry**, **Karina Rudolph** und **Julius van der Burg** (Gruppe Märkischer Kreis), **Sahra Ecker** und **Ezéquiel Joél Luis Rosell Parra** (Gruppe Cottbus) und **Anna Lydia Will** (Projektleitung „Lückenschluss“, Bildungswerk für Schülervertretung und Schülerbeteiligung e.V.).

Folgender Artikel wurde hierzu publiziert:

Jugendliche berichten über Erfahrungen und Projekte zur Beteiligung

Die jungen Leute in Deutschland wollen mitmachen, möchten von der Politik ernst genommen werden und brauchen in ihrem Wohnumfeld echte Gelegenheiten, um eigene kind- und jugendgerechte Lebensorte zu gestalten, sagten die jugendlichen Sachverständigen im öffentlichen Expertengespräch der **Kinderkommission (KiKo)** des Deutschen Bundestages am **Mittwoch, 5. Juli 2023**, zum Thema „Freizeit, Kultur, Stadtplanung“.

Um Erfahrungen und Projekte junger Menschen aus ganz Deutschland kennen zu lernen, hatte die KiKo Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Projektes „Lückenschluss“ des Bildungswerks für Schülervertretung und Schülerbeteiligung e.V. eingeladen. Junge Lebenswelten sind breiter und vielfältiger als die meist von den Erwachsenen wahrgenommenen Kontexte Familie, Kita, Schule und Ausbildung, sagte die **Vorsitzende des Gremiums, Emilia Fester (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**. Die Jugendlichen vom Projekt „Lückenschluss“ hätten an die Politik den Auftrag formuliert, Teilhabemöglichkeiten zu schaffen, um in der von den Erwachsenen geprägten Welt Orte zu schaffen, wie sie sie sich wünschen.

Erfahrungsberichte von Jugendlichen

Paula Ebberts von Gruppe Kassel des Projekts berichtete von ihrem Kampf für einen Skatepark in Kassel als neuem attraktivem Treffpunkt für junge Leute. Durch zu viel Bürokratie müsse man sich dabei tummeln. **Leon Gaubatz** und **Robin Haas** von der Gruppe aus Pirmasens wiesen auf die Mobilitätsprobleme vieler Kinder und Jugendlicher im ländlichen Raum hin. Gebe es keine Busverbindung oder einen Bringedienst der Eltern, blieben die Kinder in der Schule oder zu Hause hängen. Die Schülervertretungen und das Thema der Stadtgestaltung, ja der Gestaltung eigener Treffpunkte über die Schule hinaus, seien wichtige Orte, um Demokratie zu erlernen.

Maryam Barry und **Julius van der Burg** aus dem Märkischen Kreis stellten die Ergebnisse einer eigenen Umfrage zu dem Thema vor, wie Jugendliche ihre Zeit verbringen: Knapp 64 Prozent verbrachten diese zu Hause, häufig in den sozialen Medien. Gerne auch in Sportvereinen. Wenig allerdings im Jugendzentrum. Ein harter Ganztags-Schultag, fehlende Verkehrsverbindungen, einseitige Angebote, unzureichende Öffnungszeiten und baufällige Einrichtungen bremsen die Kinder in ihrer Freizeitgestaltung aus, so das Ergebnis der Umfrage. Junge Initiativen würden häufig mit Schwierigkeiten durch die Stadtverwaltung konfrontiert. Die Jugendlichen fühlten sich nicht gehört und nicht verstanden.

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Tätigkeitsbericht der Abgeordneten Emilia Fester, MdB, (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sahra Eckert und **Ezéquiel Joél Luis Rosell Parra** aus Cottbus erklärten: Wir tun mehr als nur darauf zu warten erwachsen zu werden. Sie wollen in ihrem Stadtteil einen selbst gestalteten und verwalteten Jugendtreff schaffen und haben dem Bürgermeister ihre Projektskizze geschickt. Es soll ein toleranter Ort werden, der den diversen Interessen der Jugendlichen gerecht werde, an dem man Lust habe, sich mit Freunden zu treffen. Wenn die Kommunalpolitik die Interessen der jungen Menschen ignoriere und sich einer Mitbestimmung verweigere, führe dies zu Politikverdrossenheit. Die beiden appellierten an die Politiker, die Jugendlichen durch Jugendgremien zu beteiligen, um die Demokratie mitzugestalten.

Kommune als zentraler Ort der Partizipation

Anna Lydia Will, Projektleiterin „Lückenschluss“, Bildungswerk für Schülervertretung und Schülerbeteiligung e.V., sagte: „Wir schließen eine Lücke und setzen die vom Bund geforderte Partizipation in der Kommune um. Das ist der zentrale Ort.“ Eine „Engagementkrise“, wie sie durch die Pandemie verstärkt worden sei, habe es bereits vorher gegeben. Kinder und Jugendliche verbrächten immer mehr Zeit im Privaten, in den sozialen Medien. Was aber mache lebenswerte Orte, Treffpunkte aus? Sie sollten jugendgerecht und selbst gestaltet sein, forderte die Projektleiterin. Dazu müsse die Politik ihnen die Mittel und die Räume geben. „Mit jeder Kommune muss um die Beteiligung gerungen werden.“ Wenn man wolle, dass Jugendliche an der Demokratie teilhaben, müsse man ihnen anhand von Projekten die Erfahrung der Selbstermächtigung geben, die Erfahrung, etwas bewirken zu können. Dabei profitierten die Jugendlichen bei „Lückenschluss“ von den Erfahrungen anderer, tauschten sich deutschlandweit aus.

Um jungen Menschen ihren Platz in der Demokratie zu geben, müssten diese ernst genommen werden, müsse sich der Duktus im Umgang mit ihnen ändern. Die Schülervertretung sei momentan der einzige Ort, an dem sich Kinder und Jugendliche ernst genommen fühlten. Die Gestaltung des kommunalen Umfelds, über den Schulhof hinaus, gehöre aber auch dazu, ja sei der zentrale Ort für junges Engagement und für erste Demokratieerfahrungen. Will appellierte an die Politik, „Gesellschaft muss die Jugend als Motor der Veränderung begreifen“. Man dürfe diese Chance nicht verschenken, sondern müsse die jungen Leute „gesellschaftlich wirksam werden lassen“. (11/05.07.2023)

2.4. Öffentliches Fachgespräch zum Thema „Weltkindertag und Umwelt“

In ihrer Sitzung am **20. September 2023** befasste sich die Kinderkommission mit dem Thema „Weltkindertag und Umwelt“. Hierzu wurden als Sachverständige Teilnehmende des Projektes „Kinder- und Jugendgipfel“ des Deutschen Kinderhilfswerks e.V. eingeladen. Dies waren **Kinder und Jugendliche im Alter von 7 bis 12 Jahren vom Rostocker Freizeitzentrum** (Kinderstadt Rostock) **sowie vom Verein "Freies Lernen in Friesland e.V."** und **Anne Mundorf** (Projektleitung „Kinder- und Jugendgipfel“, Deutsches Kinderhilfswerk e.V.).

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Tätigkeitsbericht der Abgeordneten Emilia Fester, MdB, (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Deutsche Bundestag hat zu dieser Sitzung folgenden Artikel verfasst:

Kinder-Sachverständige fordern mehr Beachtung ihrer Interessen

Getreu dem Motto „Kinder sind die besten Expertinnen und Experten in eigener Sache“ trugen im Fachgespräch der **Kinderkommission** (KiKo) am Weltkindertag, **Mittwoch, 20. September 2023**, Grundschülerinnen und Grundschüler aus Friesland und Rostock ihre Forderungen an die Politik vor. Die jungen Sachverständigen vom **Rostocker Freizeitzentrum „Kinderstadt Rostock“** sowie von der **Freien Schule Friesland vom Verein „Freies Lernen in Friesland e.V.“** hatten auf dem vom Deutschen Kinderhilfswerk im Frühjahr ausgerichteten Kinder- und Jugendgipfel in Berlin Probleme und Lösungen zu dem Themenfeld Umwelt- und Klimaschutz gesammelt.

„Wie wir euch eine umweltfreundliche Gesellschaft schaffen können“, darüber diskutierten die aktuelle **Vorsitzende der KiKo, Emilia Fester (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)** sowie die anderen Mitglieder des Gremiums mehr als eine Stunde lang mit den Sechs- bis Zwölfjährigen. Dabei sprachen die Kinder ganz konkrete Probleme aus ihrem Umfeld an und richteten entsprechende Forderungen an die Politik, warteten aber auch mit einigen Lösungsvorschlägen auf. Ein Top-Thema für die Kinder war die Vermüllung ihrer Wohnorte – die Lösung: mehr Müllbehälter und eine Müllsammelaktion der Schüler.

Zu viel Verpackungsmüll, zu wenige Tablets

Leonard aus Friesland forderte gesetzgeberische Maßnahmen gegen zu viel Verpackung. Spielzeuge seien oft viel zu dick eingepackt. Dem schloss sich Fiona an: Mehr Läden sollten daran teilnehmen, auf Verpackungen zu verzichten.

Sophie prangerte an, dass in ihrer Schule Tablets fehlen. Darüber hinaus wünschten sich die Kinder mehr Fahrradstraßen.

Kinder-Sachverständige fordern mehr Beteiligung

Fiona und Kimberly aus Rostock mahnten an, dass Kinder stärker eingebunden werden müssten, beispielsweise durch eine Senkung des Wahlalters, Wilma und Leonard forderten Unterstützung für ihre Idee eines Kinderbundestages. Einmal im Jahr wolle man zudem künftig die Bürgermeisterin treffen, um aktuelle Fragen und Probleme zu besprechen.

Darüber hinaus sprachen die Kinder allgemeine Themen wie den Klimawandel an. Sowohl durch die Medien als auch beim Gespräch am Abendbrottisch in der Familie kämen sie mit dem Problem der Klimakrise in Berührung, sagte Fiona. Das letzte Mal vor fünf Jahren habe es genug Schnee zum Rodeln gegeben.

Konkrete Lösungsansätze zur Bewältigung der Umwelt- und Klimakrise forderte Amelie aus Rostock von den Politikern ein und ihre Mitstreiterin Emma Sophie sprach die Luftverschmutzung durch Kraftwerke und Verkehr an. Über all dies müsse zudem die Schule besser informieren. Das Mädchen hatte sich auch mit dem Thema Landwirtschaft beschäftigt. Es stimme sie traurig, dass durch den Einsatz von Pestiziden das sommerliche Konzert von Fröschen und Libellen verstummt sei.

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Tätigkeitsbericht der Abgeordneten Emilia Fester, MdB, (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und Wilma Jean und Piet Lowik aus Friesland machten sich Gedanken um die Verletzung der Kinderrechte im Krieg in der Ukraine. Es habe Tote und Verletzte gegeben, als ein Markt unter Beschuss geraten sei. 16-jährige Jugendliche würden zum Wehrdienst einberufen. Und die kleine Käte Magdalene sagte, man habe sich beim Kindergipfel damit beschäftigt, wie man Dinge verändern könne, damit es anders laufe als jetzt.

„Kinder können auch bestimmen“

Die vorgetragenen Punkte zeigten, was die Politik, wie sie im Parlament gemacht werde, für Auswirkungen auf die Lebenswelt der Kinder habe, sagte Fester. Und fragte ihre jungen Gäste: Wie würdet ihr als Bundestagsabgeordnete entscheiden? Da wurde noch einmal eindringlich die Achtung der Kinderrechte eingefordert, das Recht auf körperliche Unversehrtheit.

Als nächstes Projekt nehmen sich die Kinder die Abhaltung eines Kinderbundestages vor, war zu hören. „Kinder können auch bestimmen“, sagte Amelie. „Wir müssen die Kinder ermutigen mitzumachen.“ Man wolle die eigenen Forderungen weitertragen und an die Politik überreichen, so wie es gerade geschehe.

„Junge Leute sollen auf allen Ebenen mitreden dürfen“

Die Kinder wiederum konnten bei der Sitzung etwas über Politik und die Zuständigkeiten im föderalen Deutschland lernen. An wen muss man sich mit einer bestimmten Frage überhaupt wenden? Wer was für sie tun kann, dafür hatten die Kinder aber bereits einen guten Riecher. So wollten sie die Bürgermeisterin treffen, um Schulangelegenheiten zu besprechen oder für das Aufstellen neuer Mülleimer zu kämpfen.

„Die stellt nicht der Bundeskanzler auf“, erklärte **Paul Lehrieder (CDU/CSU)**. Viel werde nicht hier Berlin entschieden, „sondern bei Euch in der Gemeinde. Viele Entscheidungen werden dort getroffen, wo ihr wohnt.“ Und forderte die Kinder auf, den Kontakt mit Gemeinderäten und Bürgermeistern zu suchen. Der Kinderschutz wiederum sei ein Thema, das der Bundestag reguliere.

Kommune, Bundesländer, Bundesebene, Europa: Sie hätten mit ihren Forderungen und Ideen alle Ebenen angesprochen, auf denen Politik gemacht werde, erklärte Fester den jungen Sachverständigen. Über Pestizide werde in Europa gesprochen, das Thema Gewalt könne auf der Bundesebene besprochen werden, Fragen von Schule und Bildung gehörten auf die Landesebene und mit der Müllentsorgung beschäftige sich die Kommune. „Ihr habt damit einmal mehr untermauert: Junge Leute sollen auf allen Ebenen mitreden dürfen.“

Fester: Kinder sind extrem politisch

Schließlich kamen die Mitglieder der KiKo und ihre Gäste immer mehr ins Gespräch. „Was macht ihr eigentlich sonst in den Sitzungen“, wollte Amelie wissen. Man lade gerade viele junge Leute ein, um deren Lebenswelt besser zu verstehen, sagte Fester.

Mehr Schnelligkeit, mehr Modernisierung, mehr Sauberkeit, mehr Mülleimer, in die auch Zigaretten hineinpassen, und für Partys Blumensamen-Konfetti statt solche aus Papier – die Ideen und Forderungen in der Schlussrunde waren so bunt, und so ernst gemeint, wie die Welt der

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Tätigkeitsbericht der Abgeordneten Emilia Fester, MdB, (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Kinder sich darstellt und Kinder sie verstanden wissen wollen. „Alle Themen, die ihr angesprochen habt, greifen wir auf und tragen sie an die Fachausschüsse weiter, um daraus gute Politik für euch zu machen“, versicherte die KiKo-Vorsitzende. „Ihr habt bewiesen, dass Kinder extrem politisch sind und ganz viel aus ihrer Lebenswelt erzählen können, womit wir als Bundestagsabgeordnete arbeiten sollten.“ (11/29.09.2023)

2.5. Öffentliches Fachgespräch zum Thema „Klima und Mobilität“

Zum Thema „Klima und Mobilität“ wurden in die Sitzung der Kinderkommission am 11. Oktober 2023 **Moritz Tapp** (BUNDJugend) und **Debora Roschka** (Initiative „Wir fahren zusammen“) geladen.

Auf der Webseite des Deutschen Bundestages war im Anschluss der folgende Artikel zu finden:

Forderungen nach passenden Mobilitätsangeboten für Kinder und Jugendliche

Ob für den Schulweg, für den Weg zu Freunden oder für Ausflüge: **Kinder und Jugendliche** sind auf **passende Mobilitätsangebote** angewiesen, um am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben. Ihre Perspektive muss deshalb bei der Entwicklung der Infrastruktur, bei Bauvorhaben, die künftige Generationen betreffen, stärker einbezogen werden, forderten die beiden Sachverständigen im öffentlichen Fachgespräch der **Kinderkommission** des Deutschen Bundestages (KiKo) zum Thema „Klima und Mobilität“ am **Mittwoch, 11. Oktober 2023**.

Ein schlecht ausgebauter ÖPNV habe ihn als Kind in seiner Heimat Rheinland-Pfalz davon abgehalten, die Landeshauptstadt zu besuchen, erzählte **Moritz Tapp**, 22, vom **Verband BUNDJugend**. Das regionale Schülerticket endete an der Stadtgrenze.

Zu Fuß, mit dem Rad oder mit dem ÖPNV

Um den spezifischen Mobilitätsbedürfnissen von Kindern und Jugendlichen gerecht zu werden, gelte es, dem Individualverkehr mit dem Auto künftig weniger Platz einzuräumen und die Verkehrsträger, die junge Leute vor allem nutzen, auszubauen. Ein gut ausgebautes Straßennetz bringe Menschen unter 18, die selber noch nicht Auto fahren, nichts. Die meisten in dieser Altersgruppe gingen zu Fuß, führen mit dem Rad oder nutzten den ÖPNV, sagte Tapp.

Klimafreundlich sei eine Privilegierung von ÖPNV, Fuß- und Radverkehr. Und schließlich trage ein geringerer Flächenverbrauch durch Autos zum Erhalt der Artenvielfalt bei, erklärte der Student der Raumplanung. Wenn man von der Fokussierung aufs Auto gerade auf dem Land wegkomme und dort einen attraktiven ÖPNV anbiete, „wäre dies ein riesiger Zugewinn“ für Kinder und Jugendliche. Die „Unterverfügbarkeit“ von ÖPNV vor allem in Randzeiten stelle eine „massive Freiheitseinschränkung“ dar.

Es gehe darum, jungen Menschen unabhängig von ihrem sozialen Status durch einen gut ausgebauten ÖPNV und günstige Ticketpreise die ihnen zustehende Teilhabe zu ermöglichen. Man müsse sich zudem vor Augen führen, dass Kinder im Straßenverkehr besonders gefährdet seien und die Gesellschaft ihnen gegenüber eine besondere Schutzpflicht habe.

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Tätigkeitsbericht der Abgeordneten Emilia Fester, MdB, (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

16 Milliarden Euro pro Jahr für Verkehrswende gefordert

„Die Klimakrise bereitet mir existenzielle Ängste“, sagte **Debora Roschka**, 21, von der **Initiative „Wir fahren zusammen“**. Die junge Generation mache sich Sorgen. Ein wesentlicher Beitrag, um den Klimawandel aufzuhalten, sei die Verkehrswende, weg vom motorisierten Individualverkehr, hin zu einem flächendeckend gut ausgebauten ÖPNV und zu mehr Möglichkeiten für sicheren Fahrradverkehr.

Leider verhindere die aktuelle Verkehrspolitik die Mobilität von Millionen von Menschen. Egal, ob Kinder, Ältere oder Personen mit Einschränkungen: Alle bräuchten einen täglich verlässlichen Nahverkehr. Roschka appellierte an die Politik, „jetzt massiv“ in die Verkehrswende zu investieren. Es brauche 16 Milliarden Euro pro Jahr vom Bund, um „eine Verdopplung“ des ÖPNV-Angebots zu erreichen. „Die Kommunen haben es nicht“ und müssten entlastet werden.

Erfolg könne die Verkehrswende dabei nur haben, wenn sie sozial gerecht ausgestaltet werde, für die Nutzer wie für die Anbieter. Momentan regierten allerdings Überlastung, Stress und Personalnot. Busfahrer hätten kaum angemessene Pausen und bekämen den Frust der Fahrgäste ab.

Volle Züge, Verspätungen, fehlende Anschlüsse

Ihre Initiative kämpfe für bessere Arbeitsbedingungen. Dazu tue man sich mit denen zusammen, die am besten wüssten, wie es geht: den Beschäftigten, Gewerkschaften und Fahrgästen. Mittlerweile hätten die Beteiligten gemerkt: Wir verfolgen alle dasselbe Ziel. Klimabewegung und Beschäftigte sollten sich nicht länger gegeneinander ausspielen lassen.

Gemeinsam mache man nun der Politik Druck, habe eine Petition gestartet. „Wir spüren einen enormen Rückhalt in der Gesellschaft.“ Jeder habe Bedürfnisse und negative Erfahrungen in diesem Bereich: von vollen Bussen und Zügen über Verspätungen bis hin zu fehlenden Anschlüssen. Mit der Verkehrswende setze man sich für die künftigen Generationen ein. Besonders die jungen Leute profitierten von einem guten ÖPNV.

Bessere Verknüpfungen auf dem Land

Abgeordnete und Sachverständige waren sich einig, dass es gerade auf dem Land bessere Verknüpfungen brauche. Von Region zu Region bedürfe es dabei unterschiedlicher Lösungen. Car Sharing, so eine Position, die zur Sprache kam, funktioniere wegen einer zu geringen Bevölkerungsdichte nicht überall. Der Ausbau von Radwegen und Fahrradstellplätzen hingegen fand von allen Seiten Zustimmung.

Für die Bewerkstelligung ihres Alltags blieben viele Menschen auf dem Land auf das eigene Auto angewiesen, gab **Matthias Seestern-Pauly (FDP)** zu bedenken. In den Autos säßen meist auch Kinder, die beispielsweise zu Kursen gebracht würden, sagte **Dr. Katja Leikert (CDU/CSU)**. Der technische Fortschritt werde auch den Individualverkehr klimafreundlicher machen, so die beiden Politiker. „An der CO₂-Reduktion arbeiten wir alle“, so Leikert. Auch Bahnprojekte müssten nun schneller vorankommen. Sie freue sich mittlerweile sogar über Verspätungen, weil sie wisse: Da wird jetzt grundsaniert und ausgebaut.

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Tätigkeitsbericht der Abgeordneten Emilia Fester, MdB, (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

„Umverteilung umweltschädlicher Subventionen“

Als wichtigste Maßnahmen sah Tapp, die zurückzulegenden Strecken einmal zu überdenken und zu verringern, indem Angebote wieder in ausgestorbene Dorfkern zurückverlagert würden, sowie, die verschiedenen Verkehrsträger besser miteinander zu verknüpfen und Abstellmöglichkeiten vor allem an den Verkehrsknoten zu schaffen. Zur Finanzierung eines zukunftsgerichteten ÖPNV gehöre außerdem die „Umverteilung umweltschädlicher Subventionen“ für den privaten Flugverkehr.

Roschka forderte die Politik auf, daran mitzuarbeiten, junge Leute zu ermächtigen, die Klima- und Verkehrspolitik und damit ihre Zukunft mitzugestalten und ihnen auf diese Weise das Gefühl der Machtlosigkeit und die Zukunftsangst zu nehmen. (11/12.10.2023)

2.6. Öffentliches Fachgespräch zum Thema „Rassismus-Antirassismus“

Am 18. Oktober 2023 fand zum Thema „Rassismus-Antirassismus“ mit den Sachverständigen **Nadia Hamou** und **Melis Eda Poyraz** (Bildungsinitiative Ferhat Unvar e.V.) sowie **Deniz Kasal** und **Tijen Özkaya** (Bund der Alevitischen Jugend in Deutschland e.V.) die 25. Sitzung der Kinderkommission statt.

Der Bundestag berichtete mit folgendem Artikel auf der Webseite:

Sachverständige fordern Antirassismus als Bestandteil der Lehrerausbildung

Rassismus und Diskriminierung erleben junge Menschen vor allem in der Schule. Statt das Problem, das die Entwicklung der Kinder und Jugendlichen behindert, klein zu reden, muss die Schule das Thema als Institution aktiv angehen, forderten die Sachverständigen im Expertengespräch der Kinderkommission des Deutschen Bundestages (KiKo) zum Thema „**Rassismus-Antirassismus**“ am **Mittwoch, 18. Oktober 2023**.

Eine Frage der Stärkung unserer Demokratie

Ihr Verein verstehe sich als Ansprechpartner für Schulen und stelle für Schüler der 8. bis 13. Klasse ein Bildungsangebot zum Thema Rassismus und Diskriminierung aus der Perspektive von Betroffenen bereit, erklärten **Nadia Hamou** und **Melis Eda Poyraz** von **der Bildungsinitiative Ferhat Unvar e.V.** Außerdem sei die nach dem rechtsterroristischen Anschlag in Hanau 2020 gegründete und nach einem der Opfer benannte Initiative für Kinder und Jugendliche mit ähnlichen Erfahrungen ein sicherer Raum, in dem sie sich anderen gegenüber nicht erklären müssten. Vielen falle zudem die Aufarbeitung eigener Erfahrungen im Kollektiv leichter als allein.

Der Kampf gegen Rassismus und Diskriminierung müsse, über das Engagement einzelner Lehrer hinaus, von der Institution Schule selbst ausgehen, sagte Hamou. Das sei auch eine Frage der Stärkung unserer Demokratie. Keinesfalls dürften Vorfälle als Einzeltaten abgetan und individualisiert werden. Es handele sich um ein strukturelles Problem. Lehrpläne und Lehrerausbildung müssten entsprechend geändert werden. Personelle Ressourcen für Meldestellen an Schulen und Universitäten seien auszubauen. Solange die Schule die Initiative noch als fachlichen Ansprechpartner benötige, müsse der Staat auch für die Finanzierung dieses Angebots Sorge tragen.

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Tätigkeitsbericht der Abgeordneten Emilia Fester, MdB, (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Antirassismus in der Lehrerausbildung

Als Jugendverband mit deutschlandweit in 130 „Ortsjugenden“ organisierten 80.000 alevitischen Kindern und Jugendlichen sowie Hochschulgruppen und AGs sei ihr Verein ein außerschulischer Lernort, der mit seinen Angeboten Jugendlichen als ein vor Diskriminierung sicherer Raum der Selbsterfahrung diene, sagten **Deniz Kasal und Tijen Özkaya** vom **Bund der Alevitischen Jugend in Deutschland e.V.** Außerdem wolle man die jungen Leute in dem in Erinnerung an den Brandanschlag von Sivas 1993 gegründeten Verein dazu motivieren, Verantwortung in der Gesellschaft und für die Demokratie zu übernehmen.

Der anti-alevitische Rassismus aus ihrem Herkunftsland wirke in Deutschland fort, sagte Özkaya. Aleviten erlebten fast täglich diffamierende Aussagen, vor allem im digitalen Raum und im schulischen Kontext. Der Verein habe die von vielen Mitgliedern geteilten Diskriminierungserfahrungen in einer Umfrage nun als ein strukturelles Problem sichtbar gemacht. Zu den Arbeitsschwerpunkten gehöre zudem, die Identität der alevitischen Bevölkerung zu stärken und deren Kultur zu bewahren. Antidiskriminierung und Antirassismus sollten fester Bestandteil der Lehrerausbildung sein, forderte Özkaya. Viele Lehrkräfte hätten sich noch nie mit der Geschichte marginalisierter Gruppen auseinandergesetzt. Die Schulen könnten diese Bildungslücke bei Lehrern und Schülern schließen, indem sie die Kooperation mit dem Verein suchten. (11/18.10.2023)

2.7. Öffentliches Fachgespräch zum Thema „Queer“

Zum Thema „Queer“ wurden in die Sitzung der Kinderkommission am **8. November 2023** **Helene Shani Braun** (Aktivistin), **Chris Hess** und **Amelie Kutz** (Queer in Niederbayern e.V.) sowie **Aaron Auchter** und **Emily Schunk** (Lambda Bundesverband) geladen.

Auf der Webseite des Deutschen Bundestages war im Anschluss der folgende Artikel zu finden:

Experten berichten über die Lage von Kindern mit queerer Identität

Kinder mit queerer Identität machen regelmäßig diskriminierende Erfahrungen: verbal und körperlich, in der Öffentlichkeit, in der Schule, ja im eigenen Elternhaus. Mehr finanzielle Unterstützung von der Politik für ihre Vereine, die für Betroffene oft die einzige Anlaufstelle seien, forderten daher die Sachverständigen im Fachgespräch der Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission, KiKo) zum Thema „Queer“ am **Mittwoch, 8. November 2023**.

Bedarf an struktureller Unterstützung

In den letzten Jahren habe die Transfeindlichkeit in Deutschland zugenommen, sagten **Chris Hess** und **Amelie Kutz** vom **Verein Queer in Niederbayern e.V.** Sowohl die Zahl der verbalen Attacken als auch die der Gewaltdelikte seien gestiegen, mehr psychische und chronische Erkrankungen seien aufgrund der Diskriminierung in diesem Personenkreis zu verzeichnen als im Durchschnitt der Altersgruppe.

Leider tradiere die Bildungseinrichtung Schule allzu oft die Vorurteile der Älteren und Erziehungsberechtigten. In vielen Bundesländern stehe das Thema queer nicht auf dem Lehrplan, die

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Tätigkeitsbericht der Abgeordneten Emilia Fester, MdB, (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Lehrkräfte seien nicht ausgebildet und ließen sich immer wieder zu queer-feindlichen Äußerungen hinreißen. Im ländlichen Raum fehle es besonders an Anlauf- und Beratungsstellen.

Ihr Verein biete Betroffenen einen sicheren Raum, um sich für ein paar Stunden mal nicht rechtfertigen zu müssen und Erfahrungen austauschen zu können. Hess und Kutz warben dafür, queeren Beratungsstellen strukturelle Unterstützung zu gewähren, um solche Räume zu schaffen und den in der Beratung überwiegend ehrenamtlich Tätigen mit hauptamtlichen Kräften zur Seite zu stehen.

Aufklärung über queeres Leben

Unter anderem mit einem Bildungsangebot, das die Beratung anderer queerer Jugendlicher vermittelt, engagierte sich ihr Verband für die Belange queerer junger Menschen, berichteten **Aaron Auchter** und **Emily Schunk** vom **Lambda Bundesverband**. Es gebe einige Fortschritte in der Anerkennung queerer Menschen zu verzeichnen. Das Thema werde in der Gesellschaft immer sichtbarer. Andererseits stünden sich auch immer mehr Pole unterschiedlicher Identitäten gegenüber, die nicht zueinander fänden und die ihre jeweilige Lebensweise daher immer mehr nur in separaten Räumen pflegten, so Schunk. Viele machten bereits in der frühen Kindheit die Erfahrung, im negativen Sinne anders zu sein, da die Identitätsannahmen der Mehrheitsgesellschaft beispielsweise im Kontext der Schule nicht hinterfragt würden. Das führe zu Marginalisierung der Betroffenen. Daher fühlten sich junge Menschen sich lange als „falsch“ - ein schweres Hindernis bei der Selbstfindung. Hinzu komme die Angst und die tatsächliche Gefahr vor physischer Gewalt, sagte Auchter.

Das Wissen über Queerness in der Gesellschaft müsse vergrößert werden, Vorurteile seien abzubauen und queere Menschen in ihrem Lebensentwurf positiv zu bestärken. Diese wollten ernst genommen und einbezogen werden. Flächendeckend bundesweit müssten die Beratungsstellen ausgebaut und dauerhaft finanziert werden. Der Schutz vor Hassverbrechen sei zu verbessern und solche Straftaten lückenlos zu erfassen. In der Summe gehe es darum, dass queere Menschen in Deutschland sicher leben könnten. Das könne jeder einzelne durch seine persönliche Haltung unterstützen. Die queere Community hoffe jetzt auf die baldige Verabschiedung des neuen Selbstbestimmungsrechts. Aus queerer Perspektive gebe es zwar noch Änderungsbedarf, etwa bei den festgelegten Altersgrenzen, zu Wohnort, Vormundschaft oder der Wartezeit bei einer Namensänderung, wichtig sei jedoch, dass das Gesetz nun komme.

Wie bei allen Präventionsthemen könne man mit der Aufklärung über queeres Leben in Gesellschaft und Schule bei den Kindern nicht früh genug anfangen, sagte Schunk. Es gehe nicht nur darum, den Sexualkundeunterricht umzustrukturieren, damit Geschlechteridentitäten nicht patologisiert würden und sich niemand ausgeschlossen fühle. Es gehe vielmehr darum, das heteronormative Familienbild in seiner Ausschließlichkeit zu überwinden. Es gebe mittlerweile viele aufklärerische Sachbücher, die auch Queerness behandelten. Aber warum sollten nicht auch in ganz normalen Kindergeschichten, zusätzlich zu dem Schema Vater-Mutter-Kind, Charaktere mit anderen geschlechtlichen Identitäten auftreten? Queerness betreffe statistisch die Lebensrealität eines Kindes pro Klasse.

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Tätigkeitsbericht der Abgeordneten Emilia Fester, MdB, (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ausbau der Bildungsarbeit

Was für eine Belastung Mehrfachdiskriminierungen darstellen, darüber berichtete die Studentin der jüdischen Theologie und angehende Rabbinerin **Helene Shani Braun**. Als Gründungsmitglied des **Vereins Keshet Deutschland** setze sie sich dafür ein, dass sich jüdische Menschen nicht zwischen ihrer queeren und ihrer jüdischen Identität entscheiden müssen. Beide Identitäten seien oft nicht leicht mit-einander zu vereinbaren. Während Queere oft in jüdischen Gemeinden nicht willkommen seien, würden Juden in der Gesellschaft angefeindet. Der Verein bringe queere und jüdische Menschen zusammen und wolle diese Gruppe stärken.

Für die Bildungsarbeit benötige der Verein mehr finanzielle Unterstützung. Es gehe darum, die Bildungsarbeit der Ehrenamtlichen auszubauen und Bildungsangebote für Schulen zu machen. Die Schulbücher vermittelten leider nur ein sehr einseitiges Bild vom Judentum in Deutschland, das seinen Platz meist im Geschichtsunterricht habe. Das werde der Vielfalt des heutigen jüdischen Lebens in Deutschland nicht gerecht, das auch queere Gläubige umfasse. Es gehe darum, diese Vielfalt sichtbar zu machen. (11/08.11.2023)

2.8. Öffentliches Fachgespräch zum Thema „Rente“

Die 28. Sitzung der Kinderkommission am **15. November 2023** stand unter dem Thema „**Rente**“ und wurde mit den Sachverständigen **Eva-Marie Deckers, Elisa Wittler, Luisa Kerscher** und **Paul Schlowak** (Jugend-Enquete-Kommission e.V.) diskutiert.

Die Sitzung wurde auf der Webseite der Kinderkommission mit folgendem Beitrag begleitet:

Sachverständige zum Rentensystem: Es geht um Solidarität

Eine gerechte und finanzierbare **Rente** beschäftigt junge Menschen in Deutschland als Zukunftsthema und generationsübergreifendes Projekt genauso wie der Klimaschutz. Das machten die Sachverständigen und Mitglieder des Vereins Jugend-Enquete-Kommission im Fachgespräch der **Kinderkommission** des Deutschen Bundestages (Kiko) am **Mittwoch, 15. November 2023**, deutlich.

Rentensystem zukunftsfest machen

„Uns betrifft als Bürgerinnen alles“, sagte **Elisa Wittler**, Studentin der Rechtswissenschaften, und forderte von der Politik eine breitere und langfristige Beteiligung ihrer Generation. Im Januar wolle die Jugend-Enquete-Kommission dem Bundestag ein Policy Paper zum Thema Rente überreichen. Dabei gehe es den Jüngeren nicht darum, gegenüber den Älteren einen Generationenstreit vom Zaun zu brechen. Sondern darum, das Rentensystem als Generationenvertrag zukunftsfest zu machen. „Es geht um Solidarität.“

Bei den jungen Leuten müsse man größeres Interesse für das Thema Rente wecken und mit diesem Zukunftsthema eine positive Einstellung und einen Glauben an die Zukunft fördern. Sie prangerte vor allem den gewachsenen Niedriglohnsektor als Ursache für eine nicht auskömmliche Rente an.

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Tätigkeitsbericht der Abgeordneten Emilia Fester, MdB, (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Niedriglohnsektor und Gender-Pension-Gap

Leider werde das Thema in der Schule kaum behandelt, sagte **Eva-Marie Deckers** (17). So habe sie sich bei der Jugend-Enquete-Kommission beworben, sich auf eigene Faust eingearbeitet und die Komplexität des Themas begriffen.

Die Enquete-Kommission habe drei Expertengruppen zu den aus ihrer Sicht wichtigsten Themen gebildet: zu dem im europäischen Vergleich großen Niedriglohnsektor in Deutschland, dem Druck auf den Bundeshaushalt durch die hohen Zuschüsse zur Rentenversicherung sowie zum Gender-Pension-Gap, also der geringeren Rente von Frauen infolge des Gender-Pay-Gap, also der verbreitet schlechten Bezahlung von Frauen im Vergleich zu Männern.

Man schaue dabei nicht nur auf die eigene Generation, sondern wolle gleichermaßen denen helfen, die aktuell unter Altersarmut litten sowie das Problem für die Zukunft überwinden. Dazu gehöre, Optionen für gute Teilzeitarbeitsverhältnisse für Frauen zu schaffen, auch auf der Führungsebene.

„Heute muss für morgen gehandelt werden“

Medial bekomme die Rentenpolitik zu wenig Aufmerksamkeit, stellte **Paul Schlowak**, Student der Volkswirtschaftslehre, fest. Dabei spiegelten sich in der Rentenfrage die Probleme der Gesellschaft, von dem aufgeblähten Niedriglohnsektor bis zur Benachteiligung von Frauen.

Die in dem Verein zusammengeschlossenen Jugendlichen interessierten und engagierten sich für die Rentenpolitik als einem Thema mit einem sehr langen Zeithorizont, bei dem Weichenstellungen erst nach sehr langer Zeit Wirkung zeigten. „Jetzt und heute muss für morgen gehandelt werden.“ Deutschland sei „zu reich für ein Land mit Altersarmut“.

Während sich die Finanzierbarkeit, auch mithilfe einer Stärkung der betrieblichen und privaten Säule der Rentenversicherung lösen lasse, treibe die Jugendlichen vor allem die Gerechtigkeitsfrage weiter um. Als Reformvorschläge präsentieren werde man in dem Policy Paper: die betriebliche Rente, gerade bei kleinen und mittleren Unternehmen, in der Form eines Op out-Modells, auszubauen, das heißt standardmäßig zahlten alle ein. Wer das nicht wolle, müsse dies individuell kundtun.

„Das sind die schwachen Renten von morgen“

Das Umlagesystem als Kern der Rentenversicherung solle die Betriebsrente freilich nicht ersetzen. Zudem gelte es, Frauen einen besseren Zugang zur Berufswelt zu ermöglichen. Und schließlich müsse die Arbeitsmarktpolitik sich den mit 23 Prozent größten Niedriglohnsektor in Europa anschauen. „Die Leute müssen gutes Geld verdienen. Das sind die schwachen Renten von morgen.“ An die Ausschussmitglieder richtete er den Appell: „Bitte machen Sie sich dafür stark, dass wir im Ausschuss für Soziales über das Thema Rente reden können.“ (11/15.11.2023)

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Tätigkeitsbericht der Abgeordneten Emilia Fester, MdB, (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

2.9. Öffentliches Fachgespräch zum Thema „Beteiligung und Demokratie“

Für diese Sitzung wurden **Ratin Sazedul** und **Thomas Zhou** (Jugend-Taskforce der Globalen Bildungskampagne) sowie **Ludwig Gasteiger**, **Jiyan Göcer**, **Magdalena Hübner** und **Julia Neumann** (Kreisjugendring Dachau) eingeladen, um sich mit ihrer Fachexpertise den Fragen der Mitglieder der Kinderkommission zu stellen.

Auf der Webseite der Kinderkommission ist folgender Artikel abrufbar.

Experten fordern mehr Jugendbeteiligung bei politischen Prozessen

Wie funktioniert die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an politischen Prozessen? Mit dieser Frage hat sich die **Kinderkommission (KiKo)** am **Mittwoch, 13. Dezember 2023**, während eines öffentlichen Fachgesprächs beschäftigt. Vertreterinnen und Vertreter von Jugendvereinen haben den Status Quo der Jugendbeteiligung in Deutschland besprochen und verschiedene Förderprojekte vorgestellt. Das Thema der Sitzung unter Leitung von **Emilia Fester (Bündnis 90/Die Grünen)** lautete „**Beteiligung und Demokratie**“.

Wissenschaftliche Informationsgrundlagen notwendig

Die Vertreter **der Jugend-Taskforce der Globalen Bildungskampagne, Ratin Sazedul** und **Thomas Zhou**, sind davon überzeugt, dass Jugendliche grundsätzlich in politische Prozesse eingebunden werden sollten – unabhängig von der Thematik. Ihre Organisation setze sich für eine hochwertige Bildung weltweit ein und stehe im Austausch mit Bundestagsabgeordneten zu Themen wie Bildungsfinanzierung, erklärte Ratin Sazedul. Eine Kleine Anfrage vom 18. August 2023 habe gezeigt, dass derzeit keine wissenschaftliche Studie vorliege, die den direkten Einfluss von Kinder- und Jugendbeteiligung auf politische Prozesse untersuche. Eine wissenschaftliche Informationsgrundlage sei aber empfehlenswert, um darauf aufbauen zu können, sagte Thomas Zhou. Dies sei besonders wichtig, um auch langfristig Transparenz in Jugendbeteiligungsprozesse zu bringen.

Herausfordernd sei zudem die Tatsache, dass es keine Studie zum Partizipationsniveau von jungen Menschen aus sozial benachteiligten Familien sowie von jungen Menschen mit Migrationshintergrund gebe. „Der Anspruch sollte sein, dass man allen jungen Menschen aus allen verschiedenen gesellschaftlichen Schichten ermöglicht, die gleichen Beteiligungserfahrungen zu machen“, sagte Zhou. Positiv zu bewerten seien die verschiedenen Jugendgremien auf ministerieller Ebene. Es sei jedoch wichtig, dass diese „nicht nur beibehalten und gewährleistet, sondern dass die auch noch ausgebaut werden“, betonte Zhou. Befürwortet wurde zudem der Grad der Niedrigschwelligkeit bei Veranstaltungen im Rahmen der Jugendstrategie der Bundesregierung. Dies sei ein sehr guter Schritt, um zu ermöglichen, dass junge Menschen mit verschiedenen gesellschaftlichen Hintergründen die Möglichkeit haben, an solchen Formaten teilzunehmen.

Jugendbeteiligung auf regionaler Ebene

Die politische Beteiligung von Kindern und Jugendlichen finde jedoch nicht nur auf nationaler und internationaler Ebene statt, sondern auch in Kommunen, wie die Vertreterinnen und Vertre-

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Tätigkeitsbericht der Abgeordneten Emilia Fester, MdB, (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

ter des Jugendrates Karlsfeld und des Kreisjugendringes Dachau betonten. Der Jugendrat Karlsfeld sei eine politische unparteiische Vertretung, die von Jugendlichen für Jugendliche gegründet wurde. Damit sei der Jugendrat eine Ausnahme, denn in den meisten Fällen würden Gremien ohne Beteiligung von Jugendlichen gegründet, sagte der **Sprecher des Jugendrates Karlsfeld Jiyan Göcer**.

Magdalena Hübner, stellvertretende Vorsitzende des Kreisjugendringes Dachau, berichtete von einem Modellprojekt, in dem Schulen beim Prozess der partizipativen Schulentwicklung unterstützt würden. Es gebe beispielsweise das sogenannte „Dachauer Schüler*innenbüro“, das verschiedene Veranstaltungen zu aktuellen politischen und bildungspolitischen Themen organisiere und eine Kampagne für kostenlose Hygieneprodukte an Schulen gestartet habe.

Niedrigschwellige Angebote

Wichtig sei, dass es auch niedrigschwellige Beteiligungsformate gebe, um alle Personen zu erreichen, sagte **Julia Neumann, Vorsitzende des Kreisjugendringes Dachau**. Ein solches Format sei das Demokratiemobil, das durch die Schulen und Jugendplätze des Landkreises toure und mit jungen Menschen über Politik spreche.

Neumann betonte, dass die Niedrigschwelligkeit eine große Rolle spiele: „Die Möglichkeit, dass alle Personen, egal, welche Vorbedingungen sie haben, sich in ihrem eigenen Maß an Verantwortung einbringen können, aber eben nicht müssen, und sich da selbst rantasten können, das unterscheidet sich ein bisschen zu diesen festen institutionalisierten Strukturen Jugendgremien.“ Dies sei eine gute Ergänzung.

Verankerung von Beteiligungsformaten

Ein vielfältiges Beteiligungsangebot sei notwendig, welches auf einer guten finanziellen und fachlichen Ausstattung der Kommunen fuße. Wichtig sei ein fester Etat für Beteiligungsprojekte, auf den man sich verlassen könne. Der Fond „Demokratie Leben“ müsse daher ausgebaut und festgeschrieben werden.

Darüber hinaus sei eine gesetzliche Verankerung von Beteiligungsprojekten notwendig. „Deshalb sprechen wir uns aus für ein Demokratiefördergesetz, das Sicherheit schafft“, sagte Neumann. Ähnlich sehe es mit den Kinderrechten aus, die im Grundgesetz verankert werden müssten, um Beteiligung als „ganz hohes Gut der Gesellschaft festzuschreiben“. (mtt/13.12.2023)

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Tätigkeitsbericht der Abgeordneten Emilia Fester, MdB, (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

3. Gemeinsame Veranstaltung der Kinderkommission und der Unabhängigen Beauftragten für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs

Am 16. November 2023 fand zwischen 10:00 und 13:00 Uhr eine Veranstaltung der Kinderkommission im Rahmen der Social Media-Aktion „Schieb deine Verantwortung nicht weg!“, die von der Bundesfamilienministerin Lisa Paus, MdB, und der Unabhängigen Beauftragten für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs (UBSKM), Kerstin Claus, initiiert wurde, auf der Fraktionsebene des Deutschen Bundestages statt. Anlass für die Kampagne war die Aktionswoche vom 13. bis 18. November 2023 im Zuge des „Europäischen Tages zum Schutz von Kindern vor sexueller Ausbeutung und sexueller Gewalt“ am 18. November. Die Kampagne soll sämtliche Menschen - nicht nur aus dem Umfeld von Kindern - dazu sensibilisieren genau hinzusehen, hinzuhören und aktiv zu handeln, wenn sie auch nur einen Verdacht auf Missbrauch bei einem Kind oder Jugendlichen haben.



Bundestagspräsidentin Bärbel Bas, SPD, MdB, die Vorsitzende der Kinderkommission des Deutschen Bundestages, Emilia Fester, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, MdB, und die Unabhängige Beauftragte für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs, Kerstin Claus. (© Deutscher Bundestag / Thomas Imo/photothek)

Die Kinderkommission hat zusammen mit der USBKM zu dieser gemeinsamen Veranstaltung eingeladen. Kern dieser Veranstaltung war eine ausgeleuchtete Fotowand vor der sich die Teilnehmenden mit dem Schild „Ich schiebe meine Verantwortung nicht weg #GemeinsamGegenMissbrauch“ fotografieren lassen konnten. Die Fotos wurden den Teilnehmenden im Nachgang der Veranstaltung an ihre zuvor eingetragenen E-Mailadressen versendet. Die Fotos sollten am Samstag, den 18.

November 2023 auf den Social-Media-Kanälen der Fotografierten verbreitet werden. Die Missbrauchsbeauftragte stand neben Fotos für Fragen und den Austausch mit den Teilnehmenden zur Verfügung.

Die hausinterne Organisation oblag dem Sekretariat der Kinderkommission und dem Referat IK3 im Zusammenhang mit aufbautechnischen Fragen. Die von der USBKM für diese Aktion beauftragten Agentur stellte das Personal, die Technik und das benötigte Material und begleitete zusammen mit dem Referat IK 3 am Tag der Veranstaltung den Auf- und Abbau.

An der Veranstaltung nahmen ca. 100 Abgeordnete teil. Die USBKM bewertete diese Beteiligung als positiv und hatte die Idee, ob dies - nach der Evaluation der Kampagne - nicht zu einer Verstärkung anlässlich des „Europäischen Tages zum Schutz von Kindern vor sexueller Ausbeutung und sexueller Gewalt“ führen könne.

4. Anlagen



Anlage 1

Deutscher Bundestag

Pressemitteilung

Kinderkommission zum Internationalen Kindertag am 1. Juni 2023

Berlin, 1. Juni 2023

Herausgeber:
Referat PräS 1 Presse und Medien

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: +49 30 227-37171
Fax: +49 30 227-36192
pressereferat@bundestag.de

Die Vorsitzende der Kinderkommission, Emilia Fester, MdB, erklärt anlässlich des Internationalen Kindertags:

„Der Internationale Kindertag ist ein Anlass zum Feiern und ein Tag der Freude für alle Kinder. Uns Erwachsene soll er aber auch an unsere Aufgabe erinnern, Kindern zuzuhören und ihren Rechte und Bedürfnisse den Raum zu geben, den sie brauchen. Kinder sind keine unvollständigen Erwachsenen, sondern Expert*innen ihrer Lebenswelten. Sie haben das Recht, als solche wahr- und ernstgenommen zu werden.

Kinderrechte müssen ganz besonders von uns in der Politik immer an jeder Stelle mitgedacht werden, nicht nur an einem Tag im Jahr.“

Deutschland ist weltweit wahrscheinlich das einzige Land das zwei Kindertage im Jahr begeht. Der „Internationale Kindertag“ am 1. Juni wurde in der ehemaligen DDR gefeiert, während seit 1954 in der Bundesrepublik der 20. September als von der UN ins Leben gerufene „Weltkindertag“ begangen wird. Seit der Wiedervereinigung werden in Deutschland deshalb zweimal im Jahr die Anliegen der Kinder besonders in den Blick genommen. Beide Tage sollen die Rechte und Bedürfnisse von Kindern ins öffentliche Bewusstsein und Handeln rücken.



Pressemitteilung

Kinderkommission zum Welttag gegen Kinderarbeit am 12. Juni 2023

Berlin, 12. Juni 2023

Herausgeber:
Referat PräsB 1 Presse und Medien

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: +49 30 227-37171
Fax: +49 30 227-36192
pressereferat@bundestag.de

Kinderarbeit verstößt gegen die UN-Kinderrechtskonvention. Gemäß Artikel 32 dürfen Kinder nicht zu Arbeiten herangezogen werden, die Gefahren mit sich bringen, die Erziehung des Kindes behindern oder die Gesundheit des Kindes oder seine körperliche, geistige, seelische, sittliche oder soziale Entwicklung schädigen könnten.

Der Welttag gegen Kinderarbeit wurde von der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) im Jahr 2002 ins Leben gerufen und wird jährlich am 12. Juni begangen. Dieser Aktionstag soll ein kritisches Bewusstsein für die Ausbeutung von Kindern schaffen.

Etwa 160.000.000 Kinder im Alter zwischen fünf und 17 Jahren müssen arbeiten, und das oftmals unter Bedingungen, die sie ihrer elementaren Rechte und Chancen berauben. Viele von ihnen haben nicht genug Zeit für den Schulbesuch, weil sie zum Überleben ihrer Familien beitragen. So ist Armut nicht nur oftmals der Grund für die Kinderarbeit, sondern wird durch sie auch noch verstetigt.

Die Vorsitzende der Kinderkommission, Emilia Fester, MdB, erklärt hierzu:

"Kinderrechte müssen weltweit gelten. Die Ausbeutung von Kindern muss aufhören. Das kann nur gelingen, wenn die Politik, aber auch die breite Öffentlichkeit das Schicksal der Betroffenen ernst nimmt. Wir alle müssen unsere Wahrnehmung stärken: Kinderarbeit steckt oft unerkannt in vielen Waren, die uns täglich begegnen, etwa in Kleidung, Tee, Smartphones oder Tabak. Unsere Aufgabe als Politik ist es, sicherzustellen, dass Produkte mit Kinderarbeit in den Lieferketten auf Dauer nicht in unseren Regalen zu finden sein dürfen. Kinder in aller Welt haben das Recht auf eine möglichst unbeschwerte Kindheit."



Pressemitteilung

Kinderkommission zum Internationalen Tag der Jugend am 12. August 2023

Berlin, 12. August 2023

Herausgeber:
Referat PräsB 1 Presse und Medien

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: +49 30 227-37171
Fax: +49 30 227-36192
pressereferat@bundestag.de

Die Vorsitzende der Kinderkommission im Deutschen Bundestag, Emilia Fester, MdB, erklärt anlässlich des Internationalen Tags der Jugend:

„Die Jugend ist eine wichtige Lebensphase voller Entwicklungen und Veränderungen. Jugendliche sind Expert*innen ihrer eigenen Lebensrealität, dennoch werden sie viel zu oft nicht gehört. Niemand kann besser als sie selbst aufzeigen, was Jugend bedeutet und junge Menschen brauchen. Es ist längst überfällig, dass wir mehr mit ihnen sprechen, statt immer nur über sie. Die Auswirkungen von Entscheidungen, insbesondere im politischen Prozess, zeigen sich oftmals erst mit Verzögerung, auch bis zu einer Generation später. Unsere älter werdende Gesellschaft muss daher unbedingt lernen, jungen Menschen Gehör zu schenken, um generationengerecht zu handeln.“

Seit 1999 soll der von den Vereinten Nationen ausgerufenen Internationale Tag der Jugend deutlich machen, welche Bedeutung das Engagement von Jugendlichen in Staat und Gesellschaft in Bildung, Beruf und Privatleben hat. Der Tag soll außerdem auf das Aktionsprogramm der Vereinten Nationen für Jugendliche sowie auf die Situation von jungen Menschen weltweit aufmerksam machen.

Die Kinderkommission des Deutschen Bundestages ruft die Jugendlichen auf und will sie ermutigen, sich in ihrem Umfeld zu engagieren und ihre Interessen und Anliegen in politische und gesellschaftliche Jugendorganisationen einzubringen. Sie appelliert aber auch an Politikerinnen und Politiker, den Kindern und Jugendlichen zuzuhören, ihre Anliegen ernst zu nehmen und alle Möglichkeiten auszuschöpfen, Kinder und Jugendliche aktiv in Entscheidungsprozesse einzubinden.

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Tätigkeitsbericht der Abgeordneten Emilia Fester, MdB, (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)



Anlage 4

Deutscher Bundestag

Pressemitteilung

„Jedes Kind braucht eine Zukunft“ – Kinderkommission zum Weltkindertag am 20. September 2023

Berlin, 19. September 2023

Herausgeber:
Referat PräS B 1 Presse und Medien

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: +49 30 227-37171
Fax: +49 30 227-36192
pressereferat@bundestag.de

Am 20. September wird in Deutschland der Weltkindertag gefeiert. Jedes Jahr wird an diesem Tag dazu aufgerufen, die Rechte und Interessen aller Kinder ins Zentrum von Politik und Gesellschaft zu stellen.

In diesem Jahr steht der Tag unter dem Motto „Jedes Kind braucht eine Zukunft“.

Die Vorsitzende der Kinderkommission, Emilia Fester, MdB, erklärt hierzu:

„Jedes Kind braucht eine Zukunft – denn der Jugend gehört die Zukunft!

Es ist dringend an der Zeit, dass wir Kinder und Jugendliche mehr beteiligen, als gleichberechtigte Menschen sehen und in politische Prozesse einbinden. Kinder und Jugendliche sind sehr politisch und haben zu den großen Zukunftsfragen viel zu sagen. Viel zu oft reden wir als Gesellschaft und Politik nur über junge Menschen, statt mit ihnen. Das wollen wir ändern.“

In Deutschland wird nicht nur am 20. September, sondern auch am 1. Juni ein Kindertag begangen. In der Bundesrepublik wird seit 1954 der von der UN ins Leben gerufene „Weltkindertag“ gefeiert, während schon in der ehemaligen DDR am 1. Juni der „Internationale Kindertag“ begangen wurde. So werden seit der Wiedervereinigung an zwei Tagen die Rechte, Bedürfnisse und Anliegen der Kinder besonders in den Blick genommen.



75 Jahre
Demokratie
lebendig



Deutscher Bundestag

Anlage 5

Pressemitteilung

„Vorlesen verbindet!“ Kinderkommission zum bundesweiten Vorlesetag am 17. November 2023

Berlin, 17. November 2023

Herausgeber:
Referat PräSB 1 Presse und Medien

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: +49 30 227-37171
Fax: +49 30 227-36192
pressereferat@bundestag.de

Am 17. November 2023 findet bereits zum 20. Mal der Bundesweite Vorlesetag statt. Der Aktionstag möchte ein öffentliches Zeichen setzen, um Kinder und Erwachsene für die Bedeutung des Vorlesens zu begeistern und die Lust am Lesen zu wecken. Aus diesem Anlass finden jährlich zahlreiche Veranstaltungen in Schulen, Kindergärten, Bibliotheken, Museen und Buchhandlungen und an anderen Orten statt, bei denen vorgelesen wird.

In diesem Jahr steht der Vorlesetag unter dem Motto „Vorlesen verbindet!“. Vorlesen schafft Nähe und weckt Neugier. Es ist eine wichtige Voraussetzung, um selbst gut lesen zu lernen. Vorlesen schafft Zusammenhalt, fördert den Austausch und überwindet Grenzen, egal ob in der Familie, der Schule oder der Kita, ob zwischen Generationen oder Kulturen.

Die Vorsitzende der Kinderkommission des Deutschen Bundestags, Emilia Fester, MdB, erklärt:

„Vorlesen verbindet und bildet. Egal ob in der Familie, im Freundeskreis, der Kita oder Schule: Vorlesen fördert den Austausch und öffnet die große Welt des Lesens für Kinder. Es ist vielfältig, fördert die frühe Aneignung von Kompetenzen und unterstützt die frühkindliche Bildung. Vorlesen unterstützt Kinder in der Entwicklung ihres Weltbilds und ermöglicht ihnen die Entwicklung ihrer Sprache. Als Kinderkommission des Deutschen Bundestags freuen wir uns sehr über die stetig zunehmende Beliebtheit des bundesweiten Vorlesetags.“



Pressemitteilung

Kinderkommission zum Internationalen Tag der Kinderrechte am 20. November 2023

Berlin, 20. November 2023

Herausgeber:
Referat PräsB 1 Presse und Medien

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: +49 30 227-37171
Fax: +49 30 227-36192
pressereferat@bundestag.de

Am 20. November 1989 verabschiedete die Generalversammlung der Vereinten Nationen die UN-Konvention über die Rechte des Kindes. 196 Staaten haben in der Zwischenzeit diese Konvention, die allen Kindern auf der Welt in 54 Artikeln völkerrechtlich die gleichen verbindlichen Mindeststandards verbrieft, ratifiziert. In Deutschland und auf der ganzen Welt machen sich Kinder und Jugendliche seitdem an diesem Tag für die Umsetzung ihrer Rechte stark.

Die Kinderkommission des Deutschen Bundestages als Interessenvertretung der Kinder und Jugendlichen im Parlament setzt sich mit ihrem Arbeitsprogramm aktiv für die Einhaltung und Stärkung der Rechte der Kinder ein.

Weltweit sind aktuell das Leben und die Zukunft von Millionen von Kindern durch viele Krisen, Kriege und Konflikte bedroht. Fast alle Kinder werden schon heute auf die eine oder andere Weise mit den Folgen dieser Krisen konfrontiert. Gerade deshalb ist es für die Kinderkommission noch einmal besonders wichtig, den mit der Kinderrechtskonvention verbundenen Auftrag ins Zentrum von Politik und Gesellschaft zu stellen und Verbesserungen bei der Umsetzung der Kinderrechte einzufordern.

Die Vorsitzende der Kinderkommission des Deutschen Bundestags, Emilia Fester, MdB, erklärt hierzu:

„Die UN-Konvention über die Rechte des Kindes ist eines der wichtigsten Mittel für den Schutz der Rechte von Kindern und Jugendlichen in Deutschland und auf der ganzen Welt. Seit dem Inkrafttreten der Konvention im Jahr 1992 hat sich die Situation von Kindern in Deutschland spürbar verbessert. Doch die Kriege, Krisen und Konflikte der vergangenen Jahre machen weltweit deutlich, warum die Kinderrechtskonvention und die mit ihr verbundenen Aufträge im Zentrum unseres Handelns stehen sollten. Die UN-Konvention hält die Politik in der Pflicht, Verantwortung zu übernehmen und die Lebensbedingungen der nächsten Generation zu erhalten.“